

## Weniger Bezüger, mehr Verbilligung

**KRANKENKASSEN** fi. Wenn es nach der Regierung geht, sollen Kanton und Gemeinden künftig 1,2 Millionen Franken weniger an die individuelle Prämienverbilligung zahlen (Ausgabe vom 23. Oktober). Dagegen setzen sich die Sozialdemokraten zur Wehr. In einer Anfrage schreibt Kantonsrätin **Yvonne Zemp Baumgartner (SP, Sursee)**: Während der Bund Jahr für Jahr höhere Beiträge an die Prämienverbilligung leiste, kürze der Kanton sein Engagement. «Diese Rechnung geht aus unserer Sicht nicht mehr auf.» 2014 erhielten 111 000 Luzerner durchschnittlich knapp 1490 Franken Verbilligung, 2008 bezogen gegen 136 000 Berechtigte rund 1140 Franken. Zahlte der Kanton damals 35 Millionen Franken an die Beiträge, waren es 2014 noch 29 Millionen.

### Auswirkungen bleiben unklar

Auf Zemps Frage, wie viele Luzerner von der erneuten Kürzung betroffen sind, kann die Regierung keine Antwort geben. Bevor der Budgetkredit nicht beschlossene Sache sei, lasse sich darüber nichts sagen. Die Regierung betont: Trotz steigender Krankenkassenprämien sei es möglich, das Budget zu senken. Grund dafür sei der Systemwechsel bei den Prämienverbilligungen. Seit diese an die Versicherer ausbezahlt werden, fliessen «zu viel überwiesene Beiträge an die Ausgleichskasse» zurück. Die Kürzung der Prämienverbilligung sollte die Ausgaben der Gemeinde für die wirtschaftliche Sozialhilfe nicht tangieren.

Gemäss ihren Legislaturzielen 2015 bis 2019 fordern SP-Bundesparlamentarier, das System der Prämienverbilligung so umzugestalten, dass die Prämien nicht mehr als 10 Prozent des Haushaltsbudgets verschlingen. Würde dieser Vorschlag umgesetzt, bräuchte es dafür rund 80 Millionen Franken mehr, hält die Regierung fest. Steigen würde jedoch auch die Anzahl Anspruchsberechtigter: von heute 110 000 auf rund 161 000.

## Schwerbehinderte haben Priorität

**BUDGET** fi. Soziale Institutionen sollen 2016 beim Personalaufwand 1 Prozent einsparen. Dies fordert die Regierung – analog zum Sparauftrag, den die Departemente umsetzen müssen. Die Sozialdemokraten sehen dadurch die Zukunft der sozialen Institutionen in Gefahr. Insbesondere, weil bereits im Rahmen von «Leistungen und Strukturen II» entschieden wurde, die Pauschalen dieser Einrichtungen 2015 und 2016 um je 2,5 Prozent zu kürzen. Wie sich die erneute Aufwandreduktion rechtfertigen lässt, wollte **Kantonsrätin Susanne Truttmann-Hauri (SP, Emmenbrücke)** in einer Anfrage von der Regierung erfahren.

### «Sozialverträglich» umsetzen

Die Regierung stellt sich auf den Standpunkt, dass die Institutionen die Sparvorgabe für 2016 nicht einhalten können. Daher sei eine lineare Kürzung «vertretbar». Laut Regierung lasse sich der Sparauftrag durch freiwillige Pensenreduktion und die Überprüfung der Wiederbesetzung von frei werdenden Stellen «sozialverträglich» umsetzen. Zweifellos könnten «die Institutionen auch nach dieser Sparrunde die Qualitätsstandards einhalten». Truttmann fragt weiter, ob die steigende Zahl Behinderter durch eine weitere Pauschalenkürzung kompensiert werde. Dies sei weder realistisch noch sachgerecht, heisst es.

### Prioritäten setzen

In ihrer Anfrage will Truttmann zudem wissen, wie der Mehrbedarf an Wohnplätzen für Menschen mit psychischer Behinderung abgedeckt werde. «Die finanzielle Situation verlangt eine Prioritätensetzung», schreibt die Regierung. Am «meisten Handlungsbedarf» bestehe im Schwerstbehindertenbereich. Die Regierung verweist auf zusätzliche 21 Plätze, die dort geschaffen werden. Abschliessend hält die Regierung fest: «Der Kanton Luzern hat noch nie die Finanzierung einer Platzierung in einer inner- oder ausserkantonalen Einrichtung aus finanziellen Gründen abgelehnt.»

# «Geld für Bauern richtig einsetzen»

**DAMIAN MÜLLER** Wie tickt der jüngste Ständerat der Schweiz politisch? Wo will er Schwerpunkte setzen? Wie beurteilt er das Asylwesen? Der 31-jährige Seetaler nimmt erstmals ausführlich Stellung.

INTERVIEW LUKAS NUSSBAUMER  
lukas.nussbaumer@luzernerzeitung.ch

*Sie sind jung, gehören der FDP an und waren im Wahlkampf omnipräsent. Viel mehr über Sie wissen die Luzerner nicht.*

**Damian Müller:** Da täuschen Sie sich. Ich habe meine Positionen im Wahlkampf klar dargelegt.

*Okay, Sie sind für den Bau einer zweiten Gotthardröhre, Konrad Graber dagegen. Damit heben sich die beiden Luzerner Ständeräte auf.*

**Müller:** Konrad Graber argumentiert, dass nach dem Bau der zweiten Gotthardröhre kein Geld mehr übrig ist für den Bypass, der das Luzerner Zentrum entlasten soll. Da bin ich anderer Meinung: Der Bund hat die finanziellen Möglichkeiten, beide Projekte zu realisieren. Das Problem ist, dass der Bypass in der Prioritätenliste von Bundesrätin Doris Leuthard nicht so weit vorne ist. Hier will ich den Hebel ansetzen und dafür sorgen, dass der Bypass priorisiert wird.

*Einig sind Sie mit Graber, dass der Durchgangsbahnhof Luzern gebaut werden soll. Wie realistisch ist das Projekt?*

**Müller:** Viel hängt davon ab, ob der Luzerner Kantonsrat den Planungsbericht zustimmend zur Kenntnis nimmt. Macht er das, ist das ein positives Signal nach Bern. Soll das Projekt glaubwürdig bleiben, müssen wir in der kommenden Legislatur weiterkommen. Ich bin zuversichtlich.

*Während die Gelder für den Durchgangsbahnhof noch lange nicht fliessen werden, erhält Luzern vom neuen Finanzausgleich (NFA) pro Jahr noch rund 250 Millionen. Das sei zu viel, monieren Geberkantone wie Zug und Schwyz. Was sagen Sie?*

**Müller:** Die Parameter sind klar definiert. Ich plädiere für einen sehr sorgfältigen Umgang mit Anpassungen. Gut ist, dass Luzern die NFA-Millionen in Steuerreformen investiert hat. Ich verstehe aber auch die Geberkantone. Es mutet paradox an, wenn Bern als grösster NFA-Empfänger seine aktuelle Rechnung und das Budget für das kommende Jahr positiv abschliesst.

*Philipp Müller, der Präsident der FDP Schweiz, sagte letzte Woche, dass Bundesrätin Simonetta Sommaruga im Asylwesen «nichts» mache. Sie?*

**Müller:** Das ist sicherlich etwas überspitzt formuliert. Aber ich habe noch nie mit ihr zusammen gearbeitet, um das konkreter beurteilen zu können.

*Der Luzerner Regierungsrat Guido Graf ist mit der Bundespräsidentin auch nicht zufrieden und hat ihr deswegen schon böse Briefe geschrieben.*

**Müller:** Die Schreiben waren ganz in meinem Sinne. Ich finde, es braucht einen runden Tisch zwischen Bund und Kantonen. Sich den Schwarzen Peter zuzuspielen, löst die Probleme nicht. Auch Aussagen der SVP wie «wir haben ein Asylchaos» bringen nichts.

*Sie sprechen die SVP an. Vor den Wahlen haben Sie gesagt, dass Sie nach den Wahlen entscheiden, welche Bundesräte Sie wählen. Und?*

**Müller:** Die SVP hat als wählerstärkste Partei Anspruch auf zwei Sitze. Ich bin gespannt auf ihr Ticket für den 9. Dezember.

*Also lassen Sie ein Hintertürchen offen und entscheiden je nach Kandidaten?*

**Müller:** Ja. Die Anwärter werden sich unserer Fraktion stellen müssen. Bestehen sie nicht, wähle ich sie nicht.

*Sie wurden im Gegensatz zu Konrad Graber, dem Verwaltungsratspräsidenten der Emmi, vom Bauernverband nicht unterstützt. Trotzdem sind Ihnen die Bauern ein Anliegen.*

*Sind 4 Milliarden pro Jahr zu viel oder zu wenig für unsere Landwirtschaft?*

**Müller:** Entscheidend ist die Frage, wofür die Mittel eingesetzt werden.

*Und? Werden die Mittel richtig verwendet?*

**Müller:** Nein. Es sollte mehr für die produzierende Landwirtschaft ausgegeben werden und weniger für Massnahmen wie akkurat aufgeschichtete Siloballen oder besonders schön gestaltete Zäune. Zu Ihrer vorherigen Frage: 4 Milliarden sind in Ordnung.

*Im Kantonsrat, dem Sie noch kurze Zeit angehören, ist Agrarpolitik selten ein Thema. Dafür Sparmassnahmen. Was sagen Sie zu den Vorschlägen der Regierung?*

**Müller:** Ja. Im letzten Jahr hätte ich keine Zeit gehabt für eine Partnerin. Ich war ständig unterwegs.

*Das wird als Ständerat nicht besser.*

**Müller:** Es kommt, wie es kommen muss. Ich mache mir diesbezüglich keinen Druck.

*Sie wohnen im Elternhaus in Hitzkirch. Zügeln Sie jetzt nach Bern?*

**Müller:** Nein. Das Seetal ist meine Heimat. Hier habe ich meine Freunde und Kollegen.

*Also bleiben Sie in Ihrem Elternhaus wohnhaft?*

**Müller:** Vorerst schon. Schliesslich habe ich dort meine eigene Wohnung. Was die Zukunft bringt, wird sich weisen.

*Apropos Zukunft: Sie sagten am Sonntag gegenüber unserer Zeitung, dass Sie im Frühjahr entscheiden, welches Amt oder welche Stelle Sie neben dem 70-Prozent-Pensum als*



**Müller:** Als Mitglied der Planungs- und Finanzkommission kann ich aufgrund des Kommissionsgeheimnisses nur so viel sagen: Die Massnahmen wurden schlecht kommuniziert.

*Trotz Kommissionsgeheimnis: Ist die Schliessung der Fachklasse Grafik richtig?*

**Müller:** Ich bin der Meinung, dass dieses Thema Teil des angekündigten Konsolidierungsprogramms hätte sein sollen. Es muss ja nicht zwingend der Kanton sein, der diese Schule führt.

*Und was sagen Sie zum Abbau von Stellen bei der Polizei?*

**Müller:** Auch dieser Vorschlag stammt von der Regierung. Ich gehe davon aus, dass er mit der Polizei abgesprochen ist.

*Höhere Steuern sind für Sie aber kein Thema, oder?*

**Müller:** Nein. Weder für Unternehmen noch für natürliche Personen.

*Glauben Sie denn, dass der Kantonsrat in zwei Wochen ein Budget verabschiedet wird?*

**Müller:** Dieses Ziel muss oberste Priorität haben. Ich bin optimistisch.

*Ihre Zeit im Kantonsrat, wo Sie als äusserst fleissiger Verfasser von Vorstössen galten, läuft ab. Was ist Ihr erster Vorstoss als Ständerat?*

**Müller:** Das weiss ich noch nicht. Es hat auch keine Priorität.

*Noch diese Woche entscheidet sich, in welchen Kommissionen Sie mitwirken können. Was streben Sie an?*

**Müller:** Als Neuling kann ich nicht wählen. Ich wäre aber gerne Mitglied in der Verkehrs- und Finanzkommission. Auch die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie interessiert mich sehr.

FDP-Ständerat Damian Müller (31) aus Hitzkirch will sich in Bern auch für Verkehrsprojekte starkmachen.

Bild Philipp Schmidli

## Müller: «Das, was ich mache, mache ich richtig»

**PERSÖNLICH** nus. Der Wahl des jüngsten Ständerats ging eine eindrückliche und für Luzerner Verhältnisse beispiellose Kampagne voraus. Damian Müller befand sich während eines Jahres ständig im Wahlkampf, opferte seine freien Wochenenden und die Freizeit für sein grosses Ziel: die Wahl in den Ständerat. Am Sonntag durfte sich der 31-Jährige, der während des Wahlkampfs zu 100 Prozent als Verkaufsleiter einer Handelsfirma arbeitete, als Sieger feiern lassen.

*Damian Müller, Sie werden auch «John F. Kennedy» des Seetals genannt. Wie kamen Sie zu dieser Ehre?*

**Damian Müller:** Das weiss ich nicht. Gelesen habe ich diese Bezeichnung zum ersten Mal in Ihrer Zeitung.

*John F. Kennedy war auch für seine Frauengeschichten bekannt. Sie geben beim Zivilstand «ledig» an. Ist das noch aktuell?*

*Ständerat annehmen wollen. Was heisst das konkret?*

**Müller:** Das Wichtigste ist, dass ein neues Amt mit dem Ständeratsmandat zu vereinbaren ist.

*Das heisst, dass es nicht mehr als 30 Prozent Ihrer Arbeitszeit einnehmen darf?*

**Müller:** Das ist ein Kriterium. Es muss sich auch nicht um ein bezahltes Mandat handeln. Ich bin Präsident der Dampferfreunde des Vierwaldstättersees und Stiftungsrat bei Pro Senectute. Ich kann mir gut vorstellen, diese freiwilligen Tätigkeiten auszubauen.

*Verwaltungsratsmandate in Grossfirmen, wie sie Konrad Graber innehat, sind also nicht Ihr Ziel? «Ämtli» um «Ämtli» zu sammeln auch nicht?*

**Müller:** Die Beurteilung, was ein «Ämtlisammler» ist, überlasse ich Ihnen. Sicher ist, dass ich meiner Linie treu bleiben werde: Das, was ich mache, mache ich richtig.

## Schon mit 20 im Parteivorstand

**ZUR PERSON** nus. Damian Müller, vor drei Wochen 31 Jahre alt geworden, begann seine politische Karriere bereits mit 20 Jahren – als Mitglied des Vorstands der FDP-Ortspartei Hitzkirch. Vier Jahre später war er Präsident der FDP Hitzkirch, wieder drei Jahre später sass Müller im Kantonsrat, wo er aktuell in der einflussreichen Planungs- und Finanzkommission Einsitz hat. Ende November macht Müller im Kantonsparlament Platz für Franz Rüber.

Als Hobbys bezeichnet der PR-Fachmann Fussball – er spielte während 15 Jahren in verschiedenen Vereinen mit –, Pferdesport und Ausdauersportarten wie Joggen, Biken und Schwimmen sowie Skifahren. Obwohl bald nicht mehr Mitglied im Luzerner Parlament, bleibt Müller dem FC Kantonsrat als Spieler erhalten.